

Jan Dobeš

UNERWARTETE PARALLELEN – ODER:
UNTER DER OBERFLÄCHE MACHTPOLITISCHER
VERÄNDERUNGEN VERBORGENE STRÖMUNGEN

In dem Artikel, der dieser Diskussion als Grundlage dient, wirft Miloš Havelka die Frage auf, ob die neueste tschechische Geschichte eine Epoche des Totalitarismus durchlaufen habe. Wenn wir tschechische Zeitungen und Zeitschriften durchsehen, in denen der Totalitarismusbegriff völlig beliebig verwendet wird, dann erscheint es nahe liegend und geradezu selbstverständlich, diese Frage zu bejahen. Obgleich die Auseinandersetzung über das „Institut für das Studium totalitärer Regime“ (Ústav pro studium totalitních režimů), die das Brünner Verfassungsgericht unlängst aufgrund der Klage einiger Abgeordneter geführt hat, stark unter den Vorzeichen politischer Interessen verlief, brachte sie wenigstens einen Anlass, über diese Frage zu reflektieren. Dabei wurde deutlich, dass das politische Monopol einer Partei noch nicht zwingend ein totalitäres System im Sinne des zwischen den 1930er und 1950er Jahren von den Gesellschaftswissenschaften (der Politologie, der politischen Soziologie, der Historiografie) erarbeiteten Terminus bedeuten muss.

Suchen wir die Antwort auf Havelkas Frage unter Bezugnahme auf eben diese klassischen Werke – vor allem auf die verdienstvolle Beschreibung der charakteristischen Merkmale des Totalitarismus durch Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski – finden wir sicher konkrete Punkte, in denen die tschechische Entwicklung zur fraglichen Zeit der Definition nicht entspricht und müssen die eingangs gestellte Frage verneinen. Richten wir unsere Aufmerksamkeit indessen darauf, „in der tschechischen Entwicklung der Jahre 1938 bis 1956 eine innere Einheit auszumachen“,¹ und bleibt unser Blick dabei nicht an den äußeren, durch den Systemwechsel gegebenen Anzeichen hängen, dann stellen wir fest, dass es sich um einen ertragreichen Versuch handelt, der den bislang vorherrschenden Interpretationsrahmen für die tschechische Geschichte des 20. Jahrhunderts beträchtlich verändern und neues Licht auf die Entwicklung der tschechischen Politik, Wirtschaft, Kultur und das tschechische Denken werfen kann. Dabei spielt es eigentlich kaum eine Rolle, ob wir von einer totalitären Epoche in der tschechischen Geschichte sprechen. Genau in diese Richtung zielt der folgende Beitrag. Da wir aber noch am Anfang des Weges stehen, können vorerst nur Hypothesen formuliert werden. Erst eine viel genauere und umfassendere Forschung, die viele verschiedene Gebiete einbezieht, wird offen legen können, ob sich tatsächlich Prozesse abspielten, die – unabhängig vom jeweiligen Machthaber – auf verschiedenen Ebenen innerlich miteinan-

¹ *Havelka, Miloš*: Vergleich des Unvergleichbaren. Oder: Gab es in der neuesten tschechischen Geschichte eine Epoche des Totalitarismus. In: *Bohemia* 49 (2009) H. 2, 311-330, hier 316.

der verbunden waren, oder ob es sich lediglich um äußere und eher zufällige Ähnlichkeiten handelt.

Etwa ab Mitte der 1930er Jahre wurden im tschechischen politischen und wirtschaftlichen Leben, in der Kultur sowie im weitesten Wortsinn im gesamten gesellschaftlichen Diskurs allmählich Anzeichen einer grundlegenden Veränderung sichtbar. Die moderne tschechische Gesellschaft war seit Beginn des 19. Jahrhunderts auf der Grundlage einer demokratischen Gesellschaftsordnung, des Parlamentarismus, weitreichender Selbstverwaltung, einem hoch entwickelten Netz von Vereinen und freiwilligen gesellschaftlichen Aktivitäten, Meinungs- und organisatorischem Pluralismus, dem Respekt vor dem Individuum und dem Bemühen um einen gesamtgesellschaftlichen Konsens aufgebaut worden.² Diese Basis begann in den 1930er Jahren brüchig zu werden, in den folgenden Jahrzehnten stürzte sie ein. Dabei betrafen die Veränderungen nicht nur die institutionellen Säulen der Gesellschaft, sondern auch die gesellschaftliche Mentalität. Im Laufe von etwa 20 Jahren veränderte sich die tschechische Gesellschaft radikal – und zwar sowohl äußerlich, hinsichtlich ihrer Institutionen und Strukturen, als auch innerlich, also in Bezug auf die Werte, die sie anerkannte, und im Verhalten, zu dem sie tendierte.

Die Ursachen einer solch grundlegenden Transformation sind nicht einfach zu bestimmen und lassen sich zweifelsohne nicht auf einen Hauptfaktor reduzieren. Es handelte sich vielmehr um ein ganzes Bündel an Gründen, von denen einige in der Entwicklung der tschechischen Gesellschaft selbst wurzelten, andere in den konkreten Bedingungen, aus denen der tschechoslowakische Staat entstanden war und unter denen er bis zuletzt existiert hatte, wieder andere resultierten aus der allgemeinen internationalen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Besonderes Gewicht kam dabei der Krise von Demokratie und Wirtschaft zu.

Obleich der Liberalismus zu dieser Zeit seine besten Jahre schon längst hinter sich hatte, blieb sein Einfluss auf die politische wie die wirtschaftliche Ordnung doch unübersehbar. Gerade in dieser Zeit geriet er aber in die Kritik. Er wurde zunehmend als System abgetan, das der Gegenwart nicht mehr gerecht werde und nicht in der Lage sei, die aktuellen Probleme zu lösen. Bereits die Methoden, die der Staat der Wirtschaftskrise entgegensetzte, bewegten sich völlig außerhalb der Logik des Liberalismus. Mit einer Reihe von Gesetzen griff dieser viel deutlicher in die wirtschaftlichen Verhältnisse ein als zuvor.³

In den 1930er Jahren wuchs aber auch die Skepsis gegenüber dem bestehenden Parteien- und Repräsentationssystem. Diese speiste sich aus der Überzeugung, dass sich der klassische Parlamentarismus, der im Großbritannien des 17. und 18. Jahrhunderts entstanden war, von der modernen Massenpolitik entfernt habe und drin-

² Diese Aufzählung positiver Charakterzüge soll keinesfalls den Eindruck vermitteln, dass die tschechische Gesellschaft nicht unter Defiziten gelitten und es nicht auch viele negative Seiten gegeben hätte, und zwar sowohl in ihrem inneren Gefüge (zum Beispiel das Fehlen einiger wichtiger gesellschaftlicher Schichten) als auch hinsichtlich der äußeren Umstände.

³ Als Beispiele können die Einführung des Getreidemonopols oder die Regierungsverordnung Nr. 162 vom 16. Juli 1935 über die vorübergehende Beschränkung in einigen Unternehmensbranchen angeführt werden.

gend einer Reform bedürfe.⁴ Die Diskrepanz zwischen den verfassungsrechtlichen Bestimmungen und der politischen Realität war offensichtlich,⁵ was auf lange Sicht die Legitimität der parlamentarischen Demokratie in der tschechischen und slowakischen Öffentlichkeit beschädigte. Der schwächelnde und „kranke“ Parlamentarismus sollte durch die Einführung neuer Elemente, in denen die gesellschaftlichen Veränderungen zur Geltung kommen sollten, gestärkt und neu belebt werden. Im Einklang mit Konzepten, die in dieser Zeit in vielen europäischen Ländern populär waren, wurde zum Beispiel vorgeschlagen, eine zweite Kammer im Parlament – ein so genanntes Wirtschaftsparlament – einzuführen, das nicht aus Wahlen hervorgehen, sondern von Vertretern der verschiedenen Berufsorganisationen besetzt werden sollte.⁶ Auch wenn dieser Vorschlag zum Zeitpunkt seiner Entstehung nicht verwirklicht wurde und auch kaum eine reale Chance auf Umsetzung hatte, ähnelte ihm die vorläufige verfassungsgebende Versammlung der Tschechoslowakei im Herbst 1945 doch verblüffend.

Ein gemeinsames Kennzeichen all dieser Phänomene war das zunehmende Misstrauen gegenüber dem Individuum als bewusstem, reflektierendem, entscheidungsfähigem und handelndem Subjekt in Wirtschaft und Politik und eine Hinwendung zu Konzepten, in denen (unterschiedlich stark und verschieden formuliert) der Kollektivismus eine Rolle spielte. Dieser Trend verstärkte sich in der Konsequenz von „München“, der Entstehung des „Protektorats“ und dann nach der Befreiung und selbstverständlich auch nach 1948 kontinuierlich. Es blieb nicht lange bei zaghaften Andeutungen und halbherzigen Versuchen; der Kollektivismus entwickelte sich zu einer zielorientierten Strategie, um der Bedrohung von außen die Stirn zu bieten. Seine Verfechter in der politischen und kulturellen Elite verliehen ihm zudem einen symbolischen Rahmen: So war im Herbst 1938 von einer „nationalen Revolution“ die Rede oder von einem „zweiten nationalen Erwachen“,⁷ nach dem Mai 1945 sprach man dann von einer „sozialisierenden Demokratie“ und nach dem Februar 1948 schließlich von der „sozialistischen Revolution“.

Ziel war die Einheit der Nation, wobei die Politik auf ein Mittel reduziert wurde, um diese zu erreichen und zu erhalten. Die Integration in diese Einheit war allerdings keine Frage der individuellen Entscheidung, sondern der moralischen Reife und des Verantwortungsgefühls gegenüber dem Ganzen. Wer die Zugehörigkeit verweigerte, musste mit moralischer Verurteilung rechnen. In der Zweiten Republik galt die politische Vereinigung der Nation als Antwort auf die Bedrohung, der sie

⁴ Ausgehend von dieser allgemeinen Überzeugung konnte man selbstverständlich sowohl die Forderung nach einer bloßen Reparatur der parlamentarischen Demokratie als auch den radikalen Schluss, dass deren historische Mission beendet sei, ableiten. Vgl. z.B. *Schmitt, Carl*: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. 8. Aufl. Berlin 1996.

⁵ *Mertl, Jan*: Ideologie parlamentarismu a naše doba [Die Ideologie des Parlamentarismus und unsere Zeit]. In: *Moderní stát. Revue pro politiku, parlamentarismus a vědy státní* (1933) 341 f.

⁶ *Havelka, Jiří*: Hospodářský parlament jako orgán stavovského zastoupení [Das Wirtschaftsparlament als Organ ständischer Vertretung]. In: *Ebenda* 81-90.

⁷ *Rataj, Jan*: O autoritativní národní stát. Ideologické proměny české politiky v druhé republice 1938-1939 [Vom autoritären Nationalstaat. Die ideologischen Wandlungen der tschechischen Politik in der Zweiten Republik 1938-1939]. Praha 1997, 15.

sich ausgesetzt sah, und zugleich als Mittel zu ihrer Rettung. Dies traf in noch stärkerem Maße für das „Protektorat“ zu. Nach Kriegsende sollte die Einheit der Nation einerseits als Garant dafür dienen, dass sich die durchlittenen Qualen nicht wiederholten, andererseits sah man in ihr den einzig möglichen Rahmen für den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung, über deren konkrete Ausgestaltung zu Beginn jedoch keineswegs Klarheit herrschte. Zu beiden Zeitpunkten – vor dem Krieg ebenso wie danach – sollte die Nation allerdings auch nichts weiter als den Rahmen bilden. Daher war es wichtig, welchen Inhalt diese Form erhalten würde, auf der Basis welcher neuen Ideen die tschechoslowakische Staatlichkeit aufgebaut werden sollte. Die liberale Demokratie kam nicht mehr in Frage, da sie sich in den Augen der Akteure dieser „Revolutionen“ als mechanisches, fremdes und unorganisches Konzept erwiesen hatte, das im Namen leerer, abstrakter Prinzipien die vitalen Interessen der Nation vernachlässigt hätte. Ersetzt werden sollte die liberale Demokratie gerade durch die nationale Idee, die allerdings in beiden Fällen jeweils eine andere Färbung besaß.⁸ Während ihr Ende der 1930er Jahre rechts-konservative und ausgeprägt katholische Inhalte eingeschrieben wurden, ergriff ein Jahrzehnt später die Linke die Gelegenheit und versuchte eine neue Verbindung ihres politischen mit dem nationalen Programm.

An dieser Stelle könnte natürlich die lange Reihe offensichtlicher Beschränkungen der Demokratie angeführt werden, zu denen es in der Tschechoslowakei vor und nach dem Krieg kam. Es erscheint aber wichtiger, das Augenmerk auf die grundsätzliche Revision gesellschaftlicher Normen und Werte zu richten, die durch die erwähnten Revolutionen verursacht wurde und die die Maßnahmen zur Untergrabung demokratischer Regeln zugleich ermöglichte und rechtfertigte. Diese Revision bestand in einer Verschiebung weg von individuellen Freiheiten und individueller Verantwortung, von Respekt gegenüber dem Einzelnen als dem höchsten Wert und der offenen gesellschaftlichen Diskussion als grundlegender Voraussetzung für die Entwicklung der Nation sowie der Stabilität des Staates, hin zu kollektivistischen Anschauungen. In diesem Denksystem wird dem Einzelnen nur als Teil des gesellschaftlichen Ganzen Bedeutung zugestanden, ihm wird die Pflicht auferlegt, sich diesem unterzuordnen, während die Repräsentanten des Kollektivs über das Recht verfügen, diese Unterordnung einzufordern und Verweigerung zu sanktionieren. Jedwedes gesellschaftliche Leben auf der Ebene der politischen Parteien wie auch der Interessenverbände soll zentral organisiert werden.⁹ Politische Kämpfe

⁸ Znoj, Milan: Politický systém třetí republiky a ideová úskalí jeho interpretace [Das politische System der Dritten Republik und die ideologischen Klippen seiner Interpretation]. In: Kokošková, Zdeňka/Kocian, Jiří/Kokoška, Stanislav (Hgg.): Československo na rozhraní dvou epoch nesvobody. Sborník z konference k 60. výročí konce druhé světové války [Die Tschechoslowakei an der Schwelle zweier Epochen der Unfreiheit. Sammelband der Konferenz zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs]. Praha 2005, 174-185.

⁹ In einer am 13. Dezember 1938 veröffentlichten Verlautbarung der Regierung lesen wir folgende Worte: „Die Nation wäre nicht geeint worden, wenn wir nur das politische Parteienwesen vereinfacht hätten. Sie wäre nicht geeint, wenn die nationale Energie durch eine große Zahl verschiedener und einander gegenseitig bekämpfender Organisationen und Vereine umsonst verschwendet würde.“ Zit. nach Gebhart, Jan/Kuklík, Jan: 1938-1945. Praha 2006, 77. (Velké dějiny Zemí koruny české XVa).

sollen durch eine Einheit ersetzt werden, die auf der freiwilligen Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit wie auf moralischem Druck aufbauen sollte. In diesem Kontext ist es gar nicht so wichtig, dass sich dieses Ziel nicht vollständig verwirklichen ließ. Allein schon die Tatsache, dass solche Ziele verkündet wurden und sich kein größerer Widerstand dagegen erhob, bezeugt, wie stark sich die gesellschaftliche Atmosphäre verändert hatte. Dem nationalen Kollektiv wurde das Recht zugesprochen, von ihren Mitgliedern den Verzicht auf partikuläre Ambitionen, Wünsche oder Vorstellungen einzufordern und zu verlangen, dass diese alle ihre Kräfte zum Wohle der Gemeinschaft einsetzen.

Auf sprechende Art und Weise lässt sich diese Veränderung am Begriff der Arbeit illustrieren: Die Arbeit galt nicht länger als Angelegenheit, über die jeder einzelne selbst entscheidet und die aus seinem Streben, den Lebensunterhalt und möglicherweise auch Wohlstand für sich und seine Familie zu sichern, motiviert ist. Sie ist vielmehr für die Nation zu leisten; sie wird zur moralischen Pflicht erklärt, da sie als das Mittel gilt, um die zukünftige nationale Existenz zu fundieren und zu stärken.

In Variationen bekamen alle nachfolgenden Generationen von Tschechen und Slowaken von den späten 1930er Jahren an bis zum Jahr 1989 Gedanken dieser Art zu hören.¹⁰ Bedenkt man, dass zunächst die nationalsozialistische und dann die kommunistische Diktatur errichtet wurden und wie die Bevölkerung diese annahm, kommt der These, dass die tschechische Gesellschaft sich nicht mehr zum allgemeinen Ideal „Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit“ bekannte, weitreichende Bedeutung zu. Den Menschen schien es dringend angeraten, an Stelle solcher liberalen „Phantastereien“ „gesunden Menschenverstand“ und die Sichtweise „realistischer Politik“ anzunehmen.¹¹ Dieses Denken, das vor allem darauf abzielte, „das Schlimmste“ – also die Vernichtung der Nation – zu verhindern, sowie das Festhalten an Posten – den höchsten, mittleren, kleinsten politischen wie wirtschaftlichen Positionen – aus Sorge um die nachfolgenden Generationen, erwiesen sich dabei als zuverlässige Mittel zur Stabilisierung der diktatorischen Regime. Hinzu kam der Komplex der tschechischen Politik im 20. Jahrhundert, der sich darin ausdrückte, dass man sich dem mächtigen Nachbarn anpasste.¹² Bereits im Herbst 1938 und dann noch intensiver nach dem März 1939 entstand die paradoxe Situation, dass zur Verteidigung gegen die totalitäre Bedrohung ähnlich totalitäre Methoden eingesetzt wurden. Jan Tesař spricht in diesem Zusammenhang von der „eigentümlichen Partnerschaft ein-

¹⁰ Damit hängt die Frage zusammen, ob unserer gegenwärtigen Gesellschaft, die sich nach 1989 natürlich von diesem Modell radikal abwandte, nicht ein höheres Maß an Verantwortung und Respekt gegenüber dem Ganzen zugute kommen würde. Wie in anderen Bereichen kommt es sicher auch in dieser Angelegenheit auf ein ausgewogenes Verhältnis an. Das sind allerdings Überlegungen, die nicht auf die Seiten einer wissenschaftlichen historischen Zeitschrift gehören.

¹¹ *Rataj*: O autoritativní národní stát 62 (vgl. Anm. 7).

¹² *Tesař*, Jan: Nacistická okupační politika v Protektorátě v létě 1939 [Die nationalsozialistische Okkupationspolitik im Protektorat im Jahr 1939]. In: *Ders.*: Traktát o „záchraně národa“. Texty z let 1967-1969 o začátku německé okupace [Traktat über die „Rettung der Nation“]. Texte aus den Jahren 1967-1969 über den Beginn der deutschen Okkupation]. Praha 2006, 7-67, hier 35.

ander wechselseitig ergänzender nationaler Gegner“.¹³ Die dominante nationale Verteidigungsstrategie stellte den Einzelnen hinten und konzentrierte sich – was durchaus nachvollziehbar erscheint – auf die Nation. Doch an den Methoden, die man in der Situation akuter nationaler Bedrohung als adäquat angesehen hatte, hielt man auch nach dem Krieg fest. Zu diesem Zeitpunkt bestand keine dringende Notwendigkeit mehr, sich zu verteidigen, indessen wurde allerorts Wachsamkeit gegen tatsächliche wie angebliche Gefahren beschworen. Dazu kam, dass der Sozialismus, der in dieser Zeit ohne exaktere Definition als allgemeingültige Zukunftsidee akzeptiert wurde, als Aufforderung zu einer weiteren ideellen Nivellierung der Gesellschaft interpretiert werden konnte.

Die antiliberalen Tendenzen, die in der tschechischen Politik allmählich die Oberhand gewannen, äußerten sich auf ganz ähnliche Weise auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Auch hier verstärkten sich Entwicklungstrends, die bereits in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre sichtbar gewesen waren und sich nach dem „Münchener Abkommen“ und dem Verlust der Grenzgebiete, der die tschechoslowakische Wirtschaft empfindlich getroffen hatte, zugenommen hatten. Es entstand eine gelenkte und zentralisierte Ökonomie, in der der Staat die Entscheidungsfreiheit der wirtschaftlichen Subjekte wie auch der einzelnen Bürger durch zahlreiche Maßnahmen empfindlich einschränkte. Während es in der so genannten Zweiten Republik um einen Versuch ging, gewisse regulierende Elemente in einen sich relativ frei entwickelnden Wirtschaftsorganismus einzufügen – so etwa durch die Einsetzung von Kommissaren in den Geldinstituten, eine begrenzte Auszahlung von Geldeinlagen, Devisenkontrolle, ein Verzeichnis von Kapital- und Vermögensbeteiligungen und die Begrenzung ihrer freien Verfügbarkeit –, entstand während des Protektorats eine völlig den wirtschaftlichen und politischen Interessen des Deutschen Reichs unterworfenen Wirtschaftsordnung. Zu ihren Hauptzügen gehörten vom Staat festgesetzte Preise und Löhne, die staatliche Verfügung über den Einsatz und die Unterbringung von Arbeitskräften, die autoritäre Regulierung der industriellen Entwicklung, welche über ein System von Rohstoff- und Warenzuteilungen sowie über administrative Eingriffe eindeutig die für die Kriegsführung wichtigen Industriezweige (also insbesondere einige Bereiche der Schwerindustrie) begünstigte, die Konzentration des Kapitals und der Produktion, die Gründung von Pflichtorganisationen für die Unternehmer, ein allgemeines Zuteilungssystem und die systematische Germanisierung.¹⁴ Mit Ausnahme des letzten Punktes waren all diese Züge auch für die Nachkriegstschechoslowakei charakteristisch – einige in unveränderter Form, andere mit kosmetischen Korrekturen, die der neuen politi-

¹³ *Ebenda* 43. Tesař dachte dabei vor allem an die Vision der größtmöglichen Autonomie des Protektorats, die ihren Anhängern zufolge nur unter der Bedingung einer festen nationalen Einheit, der Konzentration auf ihren Führer und des Verzichts auf jedwede eigene, unkoordinierte Aktivitäten, die das Okkupationsregime als feindlich interpretieren könnte, möglich wäre.

¹⁴ Ähnlich bei *Průcha, Václav u.a.: Hospodářské a sociální dějiny Československa 1918-1992* [Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Tschechoslowakei 1918-1992]. Bd. 1. Brno 2004, 417-578.

schen Situation entsprachen.¹⁵ So lief die Versorgung mit Rohstoffen, Heizmaterial und Energie auch weiterhin über das im Krieg eingeführte Zuteilungssystem.¹⁶ Zudem prägten die weitreichenden strukturellen Veränderungen, die die Wirtschaft der böhmischen Länder während der Kriegsjahre durchlaufen hatte, auch die Nachkriegswirtschaft. Sie begünstigten die Umsetzung der Wirtschaftspolitik in den Jahren 1945-1948 und standen darüber hinaus sichtbar im Einklang mit den ökonomischen Zielen der späteren kommunistischen Diktatur, und zwar sowohl im Bereich der Organisation als auch bei der vorherrschenden Ausrichtung der Produktion. Zum Beispiel schaffte die markante Zunahme der metallverarbeitenden wie der Hüttenindustrie während der Protektorsjahre um mehr als 70 Prozent¹⁷ ganz sicher gute Voraussetzungen für ihre weitere Begünstigung nach dem Jahr 1948. Die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien 1945 wurde zweifellos durch die Tatsache erleichtert, dass sich ein großer Teil der Industrieunternehmen auf dem Gebiet des Protektorats zu Ende des Krieges im Besitz von Konzernen befand, von denen die sechs größten über 57 Prozent des gesamten in den Händen von Konzernen liegenden Kapitals verfügten.¹⁸ Zu den Veränderungen, die in der Nachkriegszeit durchgeführt wurden, gehörte nicht zuletzt auch die Liquidation eines beträchtlichen Teils der Kleinerzeuger, die einer Aktion unter dem Motto „pročesávání živnosti“ – zu übersetzen etwa mit „Auskämmen des Gewerbes“ –, unterzogen wurden.

In den Jahren nach dem Krieg veränderte sich die soziale Struktur der tschechischen Gesellschaft deutlich. Vor allem die Mittelschicht und qualifizierte Arbeiter waren vom sozialen Abstieg bedroht, während die Industriearbeiterschaft als soziale Schicht eine massive Zunahme um 53 Prozent erfuhr, die vor allem auf die Entwicklung im Bereich der Metall- aber auch der Montan- und Chemieindustrie zurückzuführen war. Parallel dazu kam es zu einer Konzentration der Arbeiterschaft – die Zahl der Beschäftigten in Betrieben mit einer Belegschaft über 500 Mann nahm zu, während die absolute Zahl solcher Großbetriebe zugleich zurückging.¹⁹ In der Landwirtschaft wurden Großbetriebe gefördert, die sich besser auf die Bedingungen einer gelenkten Wirtschaft einstellen konnten. Ihre Erfordernisse begünstigten zudem die Vergrößerung der Beamtenschaft, verlangte der Betrieb dieses Organismus doch viele Arbeitskräfte. Dahingegen war während des Krieges die Zahl der in Handel und Gewerbe Beschäftigten begrenzt und auch die Intelligenz – vor allem der Teil, der nicht in der Verwaltung arbeitete – war spürbar geschwächt worden. Dabei

¹⁵ Allerdings hatte die Germanisierung, die selbstredend nach der Befreiung mittels eigener Dekrete des Präsidenten der Republik unterbunden wurde, auch auf die Wirtschaft der Nachkriegstschechoslowakei Einfluss. Sie bildete nämlich günstige organisatorische und im Grunde genommen auch politische Voraussetzungen für die umfangreichen Verstaatlichungen nach dem Krieg. So kontrollierten die reichsdeutschen Konzerne zum Beispiel bereits im Jahr 1941 etwa 90-100 Prozent der Steinkohlebetriebe, der Zement- sowie der Papiererzeugung. Vgl. *Ebenda* 470.

¹⁶ Šulc, Zdislav: *Stručné dějiny ekonomických reforem v Československu (České republice) 1945-1995* [Kurze Geschichte der ökonomischen Reformen in der Tschechoslowakei (Tschechischen Republik) 1945-1995]. Brno 1998, 15.

¹⁷ *Průcha* u. a.: *Hospodářské a sociální dějiny Československa* 476 (vgl. Anm. 14).

¹⁸ *Ebenda* 481.

¹⁹ *Ebenda* 551 f.

ging es nicht nur darum, diese Gruppen zahlenmäßig zu reduzieren, sondern auch um die schrittweise Absenkung ihres sozialen Status, an dem dann fortlaufend „gearbeitet“ worden war – schon vom Jahr 1938 an, im Protektorat wie nach der Befreiung.

Von der Protektoratszeit bis in die Nachkriegsjahre – bis 1948 und auch nach der kommunistischen Machtübernahme – gab es also eine bemerkenswerte Kontinuität. Diese bestand darin, dass der Aufstieg der Branchen und gesellschaftlichen Schichten, an denen sich das Regime nach dem Krieg primär orientierte (Schwerindustrie, landwirtschaftliche Großbetriebe, Beamte in verschiedenen Verbänden, Verteilungs- und Erfassungs- sowie Kontrollinstitutionen), bereits unter den spezifischen Bedingungen des Protektorats seinen Anfang genommen hatte. Ebenso hatten sich auch die Branchen und Schichten, die nach 1945 zurückgesetzt und abgewertet wurden, schon während des Krieges in dieser minderprivilegierten Position befunden. Und sofern sie nach der Befreiung auf eine Besserung ihrer Situation gehofft hatten, wurden sie enttäuscht.²⁰ Denn genau die Maßnahmen, die während des Krieges angewendet worden waren, wurden nach dem Mai 1945 wieder aufgenommen. Davon zeugt zum Beispiel das Dekret des Präsidenten Nr. 88/1945 Sb., das an die Praxis der Zwangsunterbringung von Arbeitskräften während der Kriegsjahre anknüpfte.²¹

Am Beispiel der Arbeiterschaft wird aber auch sehr deutlich, wie der autoritäre Staat und später das diktatorische Regime einerseits versuchten, diese mithilfe der verschiedensten materiellen und symbolischen Vergünstigungen für sich zu gewinnen,²² andererseits jedoch aus systemimmanenten Gründen gegen die Interessen dieser Schicht handeln mussten. Ein bekanntes Beispiel dafür sind die Maßnahmen, die von den Protektoratsinstitutionen eingeführt wurden und vor allem mit dem Machtantritt Reinhard Heydrichs verbunden waren: Sie brachten eine Verbesserung der Versorgungslage und der Zulagen für Arbeiter, Steuererleichterungen und die Erhöhung einiger Renten, zudem wurden Erholungsmaßnahmen angeboten. Zugleich jedoch betrafen die Repression und der Terror, die das Regime entfachte, direkt oder indirekt auch die Arbeiter. Überdies veränderten die gewaltigen Arbeitskräfteverschiebungen die Zusammensetzung der Belegschaften, zerstörten deren tradi-

²⁰ Die Gewerbetreibenden etwa, die während des Krieges durch eine Reihe von Vorschriften in Bezug auf ihre Produktion, Zuteilungen, Arbeitskräfte und Ausbildung von Nachwuchs schwer beeinträchtigt waren, erwartete nach dem Mai 1945 statt der Wiederherstellung des relativ liberalen Zustandes der Vorkriegszeit die Fortsetzung der von der Protektoratsregierung erlassenen Vorschriften. Vgl. Marek, Pavel: Živnostníci a obchodníci na prahu svobody [Gewerbetreibende und Geschäftsleute an der Schwelle zur Freiheit]. In: *Kokošková/Kocian/Kokoška* (Hgg.): *Československo na rozhraní dvou epoch nesvobody* 321 (vgl. Anm. 8).

²¹ Kalinová, Lenka: *Východiska, očekávání a realita poválečné doby. K dějinám české společnosti v letech 1945-1948* [Ausgangspunkte, Erwartungen und Realität der Nachkriegszeit. Zur Geschichte der tschechischen Gesellschaft in den Jahren 1945-1948]. Praha 2004, 68.

²² Die Aufwertung des Arbeiters in der öffentlichen Wertschätzung, seiner Bedeutung für die Nation, die an sich keineswegs unberechtigt ist, doch in der kommunistischen Zeit zur Karikatur wurde, hatte bereits in der Zweiten Republik begonnen. Damals sollten die Arbeiter „wieder für die Nation gewonnen werden“, um im Interesse der Konzentration aller Kräfte soziale Konflikte einzudämmen. Dieselben Motive wirkten sich dann auch im Protektorat aus.

tionelle Gestalt und Organisationsstrukturen. Damit wurde die Fähigkeit der Arbeiterschaft, sich gegen die Manipulationen zur Wehr zu setzen, denen sie nach dem Krieg von Seiten des Regimes ausgesetzt waren, nachhaltig geschwächt. Die Mischung aus Druck und sozialpolitischen Vergünstigungen wirkte weiter. Mit ihrer Hilfe gelang es, die authentischen Formen von Arbeiterselbstverwaltung in Form der Betriebsräte in den Hintergrund zu drängen und durch die neuen Gewerkschaften zu ersetzen, die sich von Anfang an als Transmissionsriemen der staatlichen und immer stärker der Parteimacht profilierten.²³ Die Entwicklungslinie, die sich in den folgenden Jahrzehnten fortsetzte, nahm ihren Anfang also in der Zweiten Republik: Damals wurde damit begonnen, fehlende politische und bürgerliche Rechte durch das Versprechen und die Aussicht auf eine verheißungsvolle wirtschaftliche und soziale Entwicklung, auf die Modernisierung der Infrastruktur und des Lebensstils nach dem zeitgenössischen deutschen und italienischen Muster und auf künftigen Wohlstand zu kompensieren.²⁴

Veränderungen vollzogen sich zu Beginn der 1930er Jahre auch im kulturellen Bereich. Weder die Kultur noch die Kunst entgingen den Ambitionen des Staates, in das öffentliche Leben einzugreifen und es nach seinen jeweiligen Bedürfnissen zu formen. Dem Staat lag daran, die Kontrolle über möglichst jedwede Masseneinwirkung auf die Öffentlichkeit zu erlangen. Aus diesem Grund überwachte er von dieser Zeit an nicht nur das kulturelle Schaffen im engeren Wortsinn – also die einzelnen Kunstsparten – sondern auch die periodische und nichtperiodische Presse sowie den Rundfunk. Den Ausgangspunkt dafür bildete eine markante Modifikation im Verständnis der Rolle von Presse und Kunst, welche in die öffentliche Hand überführt wurden. Ihre Aufgabe sollte es fortan sein, die Nation zu formieren, zu informieren, zu belehren und ihr kulturelles Niveau anzuheben. Für den Staat ergab sich daraus nicht nur das Recht, sondern nachgerade die Pflicht, zu überwachen, ob diese Aufgaben richtig und in seinem Sinne erfüllt wurden. Bei der Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern und bei der Vorführung von Kunst sollte – so die Tätigkeitsbeschreibung der neuen Führung des Informationsministeriums – der kommerzielle Aspekt vollkommen eliminiert werden, indessen sollten sie nach 1945 erneut der Regulierung und Planung unterstellt werden.²⁵ Mit diesem Vorhaben bewegte sie sich aber in eben die Richtung, die bereits die Regierung der so genannten

²³ Heumos, Peter: Die große Camouflage? Überlegungen zu Interpretationsmustern der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei im Februar 1948. In: Schmidt-Hartmann, Eva (Hg.): Kommunismus und Osteuropa. Konzepte, Perspektiven und Interpretationen im Wandel. München 1994, 221-242, hier 234 (VCC 76).

²⁴ Rataj: O autoritativní národní stát 141 f. (vgl. Anm. 7). – Die Regierung Rudolf Berans versprach den Bürgern die Entdeckung neuer Rohstoffvorkommen, die Elektrifizierung der Eisenbahn und die Modernisierung ihrer Waggons, die Einrichtung einer halbunterirdischen Schnellbahn in Prag, die Produktion von bezahlbaren „Volks“-Autos, den massenhaften Bau von Wohnsiedlungen mit preisgünstigen Wohnungen und von Bauten, die der Allgemeinheit zugute kommen sollten. Viele dieser Projekte wurden später vom kommunistischen Regime realisiert – und zwar wiederum als Kompensation für die unterdrückten Bürgerrechte.

²⁵ Národní archiv [Nationalarchiv, NA], f. Ministerstvo informací [Fonds Informationsministerium], Inv.-Nr. 4, K. 2.

Zweiten Republik eingeschlagen hatte. Diese hatte zwar ihre Bereitschaft ausgedrückt, Wissenschaft und Kunst zu unterstützen, diese Förderung jedoch von der „Verwurzelung in der nationalen Tradition“ und der Bereitschaft, verantwortungsbewusst zur nationalen Entwicklung beizutragen, abhängig gemacht. Presse, Rundfunk und Film waren als die wichtigsten Massenmedien der Zeit die Hauptobjekte der staatlichen Überwachung, sie sollten sich einer „streng moralischen, politischen und kulturellen Verantwortung“ unterordnen.²⁶ Die Kultur in ihrer Gesamtheit war auf zwei Ebenen von den Veränderungen betroffen: Im Rahmen der umfassenden Konzentration sämtlicher Aktivitäten der Nation war sie einerseits in viel stärkerem Maße „außerkulturellen“, also gesellschaftspolitischen Bedürfnissen und Kriterien unterworfen als zuvor. Sie sollte nicht der persönlichen Befriedigung ihrer Schöpfer dienen und es sollte keine Kunst gefördert werden, die sich an ein begrenztes Publikum richtete. Kunst und Kultur galten nicht länger als von einer intellektuellen Minderheit geschaffene und getragene Errungenschaften, sondern sollten von breiten Schichten der Nation ausgehen. Diese von oben ausgehenden Tendenzen trafen andererseits mit einem veränderten Geschmack und veränderten Normen zusammen, was sich auch in der Nachfrage niederschlug: In Momenten schwerer Prüfungen verlangte die Öffentlichkeit eher nach einer Kunst, die sie beruhigte und erheiterte, als nach aufwühlenden und verstörenden Kulturerlebnissen. Aus diesem Grund wuchs das Interesse an klassischen Werken und den klassischen Autoren der tschechischen Kultur, die mit der Vergangenheit der Nation, mit der tschechischen Landschaft und der Heimat verbunden waren, deutlich. Die Politiker schlossen sich diesem Ruf gerne an und verstärkten ihn weiter. Die Worte Rudolf Berans in der Zeitung „Venkov“ (Das Land) vom Februar 1939, mit der „Pseudokunst, die unser Volk niemals begreifen wird“,²⁷ endlich Schluss zu machen, hätten auch 10 Jahre später nicht fremd geklungen.

In dieser Äußerung schwingt aber noch ein zweites, ebenfalls wichtiges und dauerhaft wirksames Element mit – und zwar die Distanz zum Westen und der westlichen Kultur.²⁸ Der Historismus begann das Kulturleben nachhaltig zu beeinflussen – Verweise auf die Geschichte und auf ruhmreiche, positive historische Vorbilder häuften sich in neuen Werken und waren ausschlaggebend dafür, ob ältere Werke neu aufgelegt wurden. Bezeichnend dabei ist, dass einige der Editionsprojekte, die Ende der 1930er Jahre geplant worden waren, erst nach dem Krieg oder sogar erst nach

²⁶ Gebhart/Kuklik: 1938-1945, 79 (vgl. Anm. 9).

²⁷ Zit. nach Rataj: O autoritativní národní stát 121 (vgl. Anm. 7). – Für solche „Pseudokunst“ hielt der damalige Vorsitzende der tschechoslowakischen Regierung „Negergejaule, Kneipengassenhauer und buntes Geschmier“ (černošské skřeky, barové odrhovačky a barevné mazaniny), die so sehr im Widerspruch zu den fröhlichen Bildern der tschechischen Landschaft stünden. Selbstverständlich hingen solche Worte in beträchtlichem Maße auch vom individuellem Geschmack und von dem ohne Zweifel beschränkten Überblick ab, über den Beran als Privatperson verfügte. Andererseits jedoch passten sie gut zur Atmosphäre der Zeit – sie gingen aus dieser hervor und trugen zugleich zu ihrer Entstehung bei.

²⁸ Ebenda 123 f. In diesem Sinne handelte es sich hauptsächlich um Distanz gegenüber der westlichen Kunst, die für Beran in dieser Zeit durch den Jazz und die abstrakte Malerei verkörpert wurde.

1948 verwirklicht wurden.²⁹ Der öffentlichen Nachfrage entsprachen sie zu beiden Zeiten. Im Verbund mit dem Historismus setzte sich die konservative Norm einer in erster Linie national wirkenden Kunst durch. Die Ideen und geistigen Ansätze der „nationalen Wiedergeburt“ des 19. Jahrhunderts erlebten in den 1930er und 1940er Jahren eine bemerkenswerte Renaissance, welche sich darin äußerte, dass die Namen verschiedener Autoren der Zeit der „nationalen Wiedergeburt“ dem Vergessen entrissen wurden, sowie in der bereits erwähnten Rückführung der Kunst in eine dienende Rolle: Diese sollte im Sinne der Nation wirken, und darum hatten deren Repräsentanten über ihren Inhalt zu wachen; ihre Aufgabe war es, die Kultur zu „pflegen“, deren „guten Früchte“ zu fördern, andere als schädlich zu erkennen und daran zu arbeiten, diese wie „Unkraut“ auszurotten. Die Freiheit der Kunst sollte durch a priori bestimmte, unantastbare Werte begrenzt sein.

Als Beispiel für diese Parallele eignet sich die Praxis staatlicher Ämter im Protektorat und nach der Befreiung in besonderer Weise. Nach 1939 wie nach 1945 kam zu dem Motiv des Dienstes an der Nation die Forderung hinzu, die Kunst müsse über moralische und ästhetische Qualität verfügen, um so zur völligen geistigen Entfaltung des Menschen beitragen zu können. Neben „politisch schädlicher“ Kunst wurde also auch „moralisch schädliche“ Kunst identifiziert, gegen beide sollte der Staat in den Kampf ziehen. Der Unterschied liegt allein darin, wann welches der beiden Kriterien jeweils überwog: Bis zum Jahr 1945 war das eher der politische Aspekt, wenngleich auch der moralische nicht vergessen wurde. Während der ersten Jahre nach der Befreiung ging dann das Informationsministerium bei der Regulierung von Kunst und Kultur in erster Linie nach ästhetisch-moralischen Kriterien vor, hinter denen jedoch sicher immer auch politische Interessen standen. Es wurde eine verbindliche ästhetische Norm durchgesetzt, die allerdings auch eine moralische, ideologische und politische Dimension hatte³⁰ – und nicht zuletzt sogar eine rechtliche. Nach dieser Norm wurden Bibliotheken überprüft, die Produktion von Verlagshäusern ausgerichtet (Titel, Höhe der Auflagen), die Spielpläne von Theatern zusammengestellt, wurde über Themen, Szenarien und die Helden von Filmen entschieden.³¹ Selbstverständlich waren die Grundsätze und die Regeln, nach denen dieses System funktionierte, unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Okkupation andere als im neuen Staat. Die Kriterien unterschieden sich indessen lediglich teilweise, die Herangehensweise qualitativ überhaupt nicht und auch der Ausgangspunkt blieb der gleiche: Der Staat beanspruchte in Sachen Geschmack und Ästhetik die Rolle des Schiedsrichters. Eine so bedeutende Sphäre des öffentlichen

²⁹ *Tesař, Jan*: Vlast, národ a dějiny v českém myšlení na počátku okupace [Heimat, Nation und Geschichte im tschechischen Denken zu Beginn der Okkupation]. In: *Ders.*: Traktát o „záchrane národa“ 69-287, hier 240 f. (vgl. Anm. 12).

³⁰ *Bauer, Michal*: Ideologie a paměť. Literatura a instituce na přelomu 40. a 50. let 20. století [Ideologie und Gedächtnis. Die Literatur und die Institutionen an der Wende von den 40er zu den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts]. Jinočany 2003, 11-13.

³¹ Vgl. z. B. *Doležal, Jiří*: Česká kultura za Protektorátu. Školství, písemnictví, kinematografie [Die tschechische Kultur im Protektorat. Schulwesen, Schrifttum und Kino]. Praha 1996, 101, 112 f. – *Klimeš, Ivan*: Stát a filmová kultura [Der Staat und die Filmkultur]. In: *Illuminace* 11 (1999) H. 2, 125-136.

Lebens wie die Kultur außerhalb seines Einflusses und seiner Kontrolle existieren zu lassen, erschien ihm nicht akzeptabel.

Darin liegt der gemeinsame Zug der Transformationen, die in der Tschechoslowakei seit Ende der 1930er Jahre durchgeführt wurden. Die Macht des Staates und des Kollektivs, das durch den Staat repräsentiert wurde, wuchs, während der autonome Spielraum nicht nur des Einzelnen, sondern auch verschiedener als Minderheiten definierter Gruppen spürbar abnahm. Dabei handelte es sich allerdings nicht um einen einseitigen Prozess, in dessen Verlauf sich die Macht eines bestimmten Zentrums stetig vergrößert hätte, vielmehr kam es zu Zusammenstößen zwischen verschiedenen Machtblöcken und verschiedenen Institutionen. In der Folge verkomplizierte und „verknüpfte“ sich die Entwicklung, so dass es nicht einfach ist, ihre Gesamttendenz auf der Machtebene zu erfassen. Mein Beitrag hat sich aber auf die ideelle und formale Ebene konzentriert, auf der sich die Entwicklungsrichtung der tschechischen Politik und Gesellschaft viel deutlicher zeigt. Auf die Frage von Miloš Havelka, ob die Jahre zwischen 1938 und 1956 in der tschechischen Geschichte eine Epoche des Totalitarismus darstellen, können sie aber keine eindeutige Antwort geben. Wenn wir den Begriff „Totalitarismus“ für die Bezeichnung dieser Phase verwenden sollten, müssten wir ihn neu konstituieren. Ohne Zweifel allerdings vollzogen sich in diesen Jahren grundlegende qualitative Veränderungen in allen Sphären des öffentlichen Lebens. Die Behauptung, dass sich die tschechische Gesellschaft nie zuvor in ihrer Geschichte in so kurzer Zeit so stark verändert hatte, ist sicher keine Übertreibung im Sinne der Thesen Havelkas.

Aus dem Tschechischen von Christiane Brenner